

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
09. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
10.09.2015**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 10.09.2015

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2015
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.02.2015 aus öffentlicher Sitzung
3. Erwerb der Mitgliedschaft im Verein "Erlebnisraum Römerstraße e. V."
4. Zustimmung zur Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG
5. Änderung der Geschäftsordnung,
hier: Niederschrift (§ 33)
6. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten
7. Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
- 7.1 Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
hier: Satzungsänderung
- 7.2 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates
8. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
9. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120 - Gutenbergstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
10. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119 - Petrusweg -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
11. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des

Ü-Bades

12. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28. Mai 2015 betr. zukünftige Wasserversorgung, Antrag auf einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 GO
13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 4 GeschO vom 06.08.2015 betr. Kein Glyphosat in Übach-Palenberg
14. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 13.08.2015 betr. Schulsozialarbeit in der Stadt Übach-Palenberg
15. Erweiterungen zur Tagesordnung
16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
17. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

18. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.02.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
19. Wasserversorgung in Übach-Palenberg
20. Vergabeangelegenheit
- 20.1 Lieferung und Inbetriebnahme IT-Server Infrastruktur
- 20.2 Ersatzbeschaffung eines Unimogs
- 20.3 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (LF 20)
21. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 21.1 Erwerb von 195.367 qm landwirtschaftlicher Flächen
- 21.2 Tausch verschiedener Grundstücksflächen mit der Kath. Kirchengemeinde St. Petrus
22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 22.1 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates, hier: Zusatzinformation Bewerber
- 22.2 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld - hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath

B'90/Die Grünen

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Thomas Gottschalk	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr René Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
Herr Robert Kohnen	CDU

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Zur Tagesordnung schlug er vor, im Hinblick auf die noch zu treffende Entscheidung bzgl. der Wasserkonzession, den Tagesordnungspunkt 11 „Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades“ zunächst zurückzustellen.

Zu Tagesordnungspunkt 12 „Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28. Mai 2015 betr. zukünftige Wasserversorgung, Antrag auf einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 GO“ erklärte er, dass er diesen im Hinblick auf den dortigen Beschlussvorschlag rechtlich geprüft habe. Diese Prüfung habe ergeben, dass der Beschlussvorschlag nicht den gesetzlichen Vorgaben des § 26 GO NRW zum Ratsbürgerentscheid entspreche. Sollte dem Beschlussvorschlag insoweit mit der notwendigen Mehrheit gefolgt werden, würde dieser Beschluss gegen geltendes Recht verstoßen. In diesem Fall wäre er gehalten, den Beschluss gem. § 54 Abs. 2 GO zu beanstanden. Aus diesem Grunde empfehle er dem Rat, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion aufgrund dieser Information beantrage, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen, soweit die SPD-Fraktion den Antrag nicht zurückziehe.

Stadtverordneter **Weißborn** merkte an, dass der Antrag schon lange vorliege und man heute erst auf diese Weise erfahre, dass dieser rechtswidrig sei und das ohne weitere Erläuterungen. Dies hätte seiner Meinung nach bereits im Vorfeld kommuniziert werden müssen. Er sehe keinen Anlass, den Antrag zurückzuziehen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Er beantrage, den Tagesordnungspunkt 19 „Wasserversorgung in Übach-Palenberg“ im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass er bereits im Haupt- und Finanzausschuss erläutert habe, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt um vertragliche Details gehe, die nicht in öffentlicher Sitzung besprochen werden können.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 13 „Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades“ wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 12 „Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28. Mai 2015 betr. zukünftige Wasserversorgung, Antrag auf einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 GO“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

15 Nein-Stimmen
16 Ja-Stimmen

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 17 „Wasserversorgung in Übach-Palenberg“ wird im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2015**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 16.06.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.02.2015 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.02.2015 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Erwerb der Mitgliedschaft im Verein "Erlebnisraum Römerstraße e. V."**

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion werde dem Beitritt nicht zustimmen, da sie die Auffassung vertrete, der Landschaftsverband decke die von dem Verein vorgesehenen Aufgaben bereits ab.

Beschluss:

Dem Erwerb der Mitgliedschaft im Verein „Erlebnisraum Römerstraße e.V.“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

4. Zustimmung zur Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass er bei diesem Tagesordnungspunkt nicht mitstimme.

Beschluss:

Einer Annahme des Mandats im Regionalbeirat der NEW AG durch den Bürgermeister wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

**5. Änderung der Geschäftsordnung,
hier: Niederschrift (§ 33)**

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss die vorliegende Beschlussempfehlung um das Wort „folgendes“, also „Dieses Protokoll muss *entsprechend eines Ergebnisprotokolls folgendes* enthalten:“, ergänzt habe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung nicht zustimmen, weil mit der vorgesehenen Änderung der Diskussionsverlauf einer Sitzung nicht mehr nachvollzogen werden könne. Die derzeitigen Protokolle seien hervorragend und sollten seiner Meinung nach auch so bleiben.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg vom 03.07.2014 wird wie folgt geändert:

1. § 33 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt ergänzt:
„Dieses Protokoll muss *entsprechend eines Ergebnisprotokolls folgendes* enthalten:“
2. § 33 Absatz 1 Buchstabe i) erhält folgende neue Fassung:
„den Kerninhalt der Diskussion.“

Abstimmungsergebnis:

13 Nein-Stimmen
18 Ja-Stimmen

6. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten**

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass es in der vorliegenden Sitzungsvorlage einen redaktionellen Fehler gebe. Im vorletzten Satz der Begründung müsse es natürlich heißen „Alle Bürgermeister haben sich einvernehmlich darauf verständigt, diese Vereinbarung nach entsprechender Ratszustimmung zu unterzeichnen.“

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten wird zugestimmt (die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. **Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg**

7.1 **Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg hier: Satzungsänderung**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales und der Haupt- und Finanzausschuss empfohlen haben, die vorliegende Änderungssatzung in § 5 Abs. 1 im ersten Satz um „sowie eine/ einen Schriftführer/in“ zu ergänzen.

Er stellte die vorliegende Änderungssatzung mit der genannten Ergänzung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg wird mit folgender Ergänzung in § 5 Abs. 1 beschlossen: „*Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/ einen Vorsitzenden und zwei StellvertreterInnen sowie eine/ einen Schriftführer/in.*“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7.2 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass die 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat beschlossen wird, werden gemäß § 4 Abs.1 der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat vom Rat der Stadt Übach-Palenberg für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2014-2020 die nachfolgenden Personen berufen:

Heinrich-Josef Frings
Monika Lux
Jonny Bilak
Gerd Schindler
Nicole Abels-Schell
Ruth Müller
Hans Ohle
Andreas Poeschkens
Heinz-Dieter Massing
Ingrid Massing-Barth
Udo Maaß
Hans Krupp
Dieter Meyer-Thurn
Ute Schaffer
Gerhard Schaffer
Matthias Heiligers
Regina Buckenhofer
Wilhelm Bergstein
Arnd Hansen
Norma Kuhlmeier
Claudia Burghardt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**8. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass sich im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und im Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich darauf verständigt wurde, dass in der Begründung zu Anlage 1.1 der Zeitraum 10 Jahre herausgenommen werden solle. Somit würde der erste Satz der Begründung dann lauten: „Der Baustellenverkehr der einzelnen Bauabschnitte sollte den

heutigen Wirtschaftsweg südlich des Plangebietes nutzen.“

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.8 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes für den „Bereich Beyelsfeld“ wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 2.1 bis 2.8 unter Nr. 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

9. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120 - Gutenbergstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
-

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

10. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119 - Petrusweg -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
-

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 119 – Petrusweg – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. **Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades**
-

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

12. **Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28. Mai 2015 betr. zukünftige Wasserversorgung, Antrag auf einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 GO**
-

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

13. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 4 GeschO vom 06.08.2015 betr. Kein Glyphosat in Übach-Palenberg**
-

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Rißmayer** führte aus, dass zum Schutz der Gesundheit über die Angelegenheit beraten werden sollte. Er erwarte heute keine abschließende Entscheidung. Aber es sollte sich zwingend zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit der Thematik auseinandergesetzt werden, gerne auch im entsprechenden Fachausschuss unter Beteiligung entsprechender Fachleute.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion sei mit einer Verwei-

sung an den Fachausschuss einverstanden, wolle aber darauf hinweisen, dass die Stadt bereits schon jetzt kein Glyphosat einsetze.

Stadtverordneter **Rißmayer** entgegnete, dass dies derzeit auf einer Richtlinie beruhe, die nicht von Dauer sei. Aber auch dies könne im Fachausschuss näher besprochen werden.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 13.08.2015 betr. Schulsozialarbeit in der Stadt Übach-Palenberg

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, das Thema Schulsozialarbeit sei bereits beraten und aufgrund der Finanzierungsproblematik des verbleibenden Eigenanteils für die Stadt zunächst vertagt worden. Er habe in den Sommerferien in der Angelegenheit Kontakt zum AWO-Kreisverband aufgenommen und letzten Freitag habe man sich darauf einigen können, dass sich der AWO-Kreisverband an der Finanzierung eines Schulsozialarbeiters mit 10.500 € jährlich beteiligen würde, so dass sich der Eigenanteil der Stadt auf maximal jährlich 15.500 € reduzieren würde. Dies halte er für einen sehr guten Weg und schlage daher vor, dem vorliegenden Antrag, die Schulsozialarbeit mit einer Vollzeitstelle fortzusetzen, grundsätzlich zu folgen, jedoch mit folgender modifizierten Beschlussformulierung:

„Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) im Zeitraum 2015 bis 2017, wobei ein kommunaler Eigenanteil von jährlich ca. 26.000 € je Stelle verbleibt. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt der Weiterleitung von Fördergeldern aus dem BuT an den AWO Kreisverband Heinsberg e. V. für die Einrichtung einer Vollzeitstelle Schulsozialarbeit im Stadtgebiet von Übach-Palenberg durch diese in den Jahren 2015 bis 2017 zu, wenn sich der Eigenanteil der Stadt Übach-Palenberg durch Zahlungsbeteiligung des AWO Kreisverbandes Heinsberg e. V. in Höhe von jährlich 10.500 € auf maximal jährlich 15.500 € reduziert.“

Über den Einsatzort des Schulsozialarbeiters könne man noch im entsprechenden Fachausschuss sprechen. Allerdings sollten die AWO und die Schulen hier freie Hand haben.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, ein Schulsozialarbeiter sei grundsätzlich wünschenswert. Sie fragte, ob für den verbleibenden Eigenanteil für die Stadt entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Kämmerer **Beeck** antwortete, dass die verbleibenden 15.500 € pro Jahr (für 3 Jahre) konsolidierungspflichtig seien. Ob die Ausgaben im Rahmen der Haushaltsaufstellung unabhängig von einer entsprechenden Steuererhöhung als Konsolidierungsmöglichkeit ausgeglichen werden können, könne er heute noch nicht sagen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion leider keinen Finanzierungsvorschlag im Rahmen des vorliegenden Antrages eingebracht habe. Deswegen sei es umso erfreulicher, dass aufgrund der Bemühungen seitens der Verwaltung der städtische Eigenanteil reduziert werden könne. Die CDU-Fraktion halte einen Schulsozialarbeiter grundsätzlich für wichtig und werde daher dem geänderten Beschlussvorschlag des Bürgermeisters zustimmen.

Stadtverordneter **Dr. Derichs** machte deutlich, dass es in der Angelegenheit nicht nur um den finanziellen Aspekt, sondern vor allem um die Sinnhaftigkeit der Schulsozialarbeit gehen müsse. Es handele sich hierbei um eine präventive Arbeit, die Folgekosten für die Stadt zum Beispiel im Bereich zukünftig zu zahlender Sozialleistungen vorbeuge. Dies sei nicht zu unterschätzen. In Bezug auf die Finanzierung wolle er daran erinnern, dass er bereits in der vergangenen Ratssitzung zu diesem Thema die zu erwartenden zusätzlichen Bundesmittel, welche über die Umsatzsteuer auch den Kommunen zugutekommen sollen, als Finanzierungsvorschlag genannt habe. Auch wolle er darauf hinweisen, dass viele Anträge ohne Finanzierungsvorschlag gestellt werden.

Da das Thema Schulsozialarbeit bisher inhaltlich noch nicht im zuständigen Ausschuss behandelt worden sei, sollte dies noch nachgeholt werden, insbesondere auch, um über die Einsatzorte des Schulsozialarbeiters sprechen zu können.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** bestätigte **Bürgermeister Jungnitsch**, die genannten Kostenanteile mit der AWO abgestimmt zu haben.

Beschluss:

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) im Zeitraum 2015 bis 2017, wobei ein kommunaler Eigenanteil von jährlich ca. 26.000 € je Stelle verbleibt. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt der Weiterleitung von Fördergeldern aus dem BuT an den AWO Kreisverband Heinsberg e. V. für die Einrichtung einer Vollzeitstelle Schulsozialarbeit im Stadtgebiet von Übach-Palenberg durch diese in den Jahren 2015 bis 2017 zu, wenn sich der Eigenanteil der Stadt Übach-Palenberg durch Zahlungsbeteiligung des AWO Kreisverbandes Heinsberg e. V. in Höhe von jährlich 10.500 € auf maximal jährlich 15.500 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch verlas den aktuellen in den Niederlanden gefassten Kabinettsbeschluss bzgl. Förderung von Schiefergas (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen). Damit sei die Förderung von Schiefergas in der deutsch-niederländischen Grenzregion zumindest vorerst gestoppt.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass Innenminister Jäger seinen Dank an alle ehrenamtlichen Helfer, insbesondere an alle im Bereich der derzeitigen Flüchtlingssituation Tätigen, ausgesprochen habe. Diesem Dank wolle er sich ausdrücklich anschließen.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass analog zur städtischen Aktion „Unsere Kinder“ nun auch eine Aktion für Flüchtlinge und Asylsuchende von ihm ins Leben gerufen worden sei. Mit dem auf dieses Spendenkonto eingehenden Mitteln werden bedarfsgerecht notwendige Sachleistungen zur Verfügung gestellt. Die Einnahmen des bevorstehenden Benefizkonzertes des Heeresmusikkorps werden diesem Konto zugute kommen.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch wies auf das bevorstehende Jubiläumsprogramm zum 25-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Rosny-sous-Bois und Übach-Palenberg hin. Am 19.09.2015 werde für alle Interessierten die Show „Pappillon - Magische Momente“ im Theater Traumkarussell angeboten und am 20.09.2015 finde ein offizieller Empfang im Schloss Zweibrüggen mit Erneuerung der Städtepartnerschaftsurkunden statt.

17. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage (die Sitzungsvorlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Anfragen

Anfrage der UWG-Fraktion:

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, ob der Brandschutz in den einzelnen Flüchtlingsunterkünften in Übach-Palenberg sichergestellt sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** bestätigte dies. In den Unterkünften in denen die Auflagen des bestehenden Brandschutzkonzeptes noch nicht erfüllt seien, werden

auch noch keine Flüchtlinge untergebracht. Dieses Thema nehme man sehr ernst.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Bildhauer** verwies auf den in Übach-Palenberg gegründeten Flüchtlingsverein und fragte, warum seitens der Stadt zusätzlich ein Spendenkonto für Flüchtlinge eingerichtet worden sei. Zudem würde er gerne wissen, wie entschieden werde, wofür die auf dem städtischen Spendenkonto eingehenden Gelder verwendet werden.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, das städtische Spendenkonto solle bitte nicht als Konkurrenz zu dem neu gegründeten Flüchtlingsverein verstanden werden. Im Gegenteil, die Stadt arbeite eng mit dem Flüchtlingsverein zusammen. Das Spendenkonto habe er einrichten lassen, weil viele Leute, die helfen wollen, direkt auf die Stadt zukommen. Die eingenommenen Spendengelder werden auf Grundlage eingehender Anträge in Form von Sachleistungen verteilt. Mit Eingang eines Antrages werde geprüft, ob die beantragte Hilfe nicht anderweitig, sprich über gesetzliche Ansprüche, sichergestellt werden könne. Wenn nicht, greife das Spendenkonto.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** fragte nach, wann mit dem Wartehäuschen auf der Brünestraße zu rechnen sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass ihm die Geschäftsführung der West die Aufstellung vor dem Winter zugesagt habe.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.52 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.56 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin